Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)**Gesetz zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen – Beamtenrechtsneuregelungsgesetz (BremBNeuG)****I. Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)****1. Überweisung der Mitteilung des Senats vom 18. August 2009, Drs. 17/882**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen – Beamtenrechtsneuregelungsgesetz (BremBNeuG), Mitteilung des Senats vom 18. August 2009, Drs. 17/882, in ihrer Sitzung am 27. August 2009 in erster Lesung beschlossen und den Entwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land), federführend, sowie an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau überwiesen.

Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau hat den Gesetzesentwurf in seiner Sitzung am 11. November 2009 beraten und gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zu seiner Beratung wie folgt Stellung genommen:

Der Ausschuss begrüßt es, dass nunmehr erstmalig für Beamtinnen und Beamte mit Anwärterbezügen die Möglichkeit geschaffen wurde, den Vorbereitungsdienst in Teilzeitbeschäftigung zu absolvieren. Dies eröffnet insbesondere jungen Müttern mit Kindern die Möglichkeit, trotz der bestehenden familiären Verpflichtungen eine Ausbildung zu beginnen und abzuschließen.

Positiv hervorzuheben sind weiter die Regelung, die aus familiären Gründen eine unterhältige Teilzeitbeschäftigung ermöglicht sowie die Vorschrift zur Vergütung von Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten. Dadurch wird die seit Langem bestehende mittelbare Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten und damit insbesondere von Frauen beseitigt.

Weiter ist der Ausschuss erfreut, dass der Grundsatz des lebenslangen Lernens stärker als bisher rechtlich verankert wird und künftig nur der oder diejenige befördert werden kann, der oder die sich entsprechend qualifiziert hat. In diesem Zusammenhang wünscht sich der Ausschuss, dass die Fort- und Weiterbildung der Beamtinnen und Beamten im Genderbereich weiter intensiviert wird und es insbesondere bei Besetzung von Führungspositionen zur Bedingung gemacht wird, dass eine Fortbildung in diesem Bereich absolviert wurde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die Stellungnahme in seiner Sitzung am 13. November 2009 zur Kenntnis genommen.

2. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat darüber hinaus in seiner Sitzung am 11. Dezember 2009 die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 17/1100 und 17/1101 vom 9. Dezember 2009 beraten.

3. Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

Den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 17/1100 und 17/1101 vom 9. Dezember 2009, ist im Haushalts- und Finanzausschuss (Land) am 11. Dezember 2009 einstimmig zugestimmt worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2009 daraufhin ebenfalls einstimmig dem Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen Beamtenrechtsneuregelungsgesetz (BremBNeuG), Mitteilung des Senats vom 18. August 2009, Drs. 17/882, mit den sich aus den Drs. 17/1100 und 17/1101 ergebenden Änderungen zugestimmt.

II. Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig, den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 17/1100 und 17/1101 vom 9. Dezember 2009, zuzustimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) darüber hinaus einstimmig, das Gesetz zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen – Beamtenrechtsneuregelungsgesetz (BremBNeuG), Mitteilung des Senats vom 18. August 2009, Drs. 17/882, mit den sich aus den Drs. 17/1100 und 17/1101 ergebenden Änderungen in zweiter Lesung zu beschließen.

Dr. Wolfgang Schrörs
(Vorsitzender)